

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



55. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. Juni 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verammlungs-, Vergütungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 62

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Erweiterte Gauvorsteherkonferenz.

Gewerkschaftsrevue: Bewegungen zur Erzielung von Feuererzeugnissen. — Sicherstellung der Lohnzulagen durch Gesetz für die Friedenszeit. — Eingabe der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit betreffend Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge nach Friedensschluß. — Zusammenarbeit der einzelnen Gewerkschaftsvereinigungen. — Wirtschaftsbund für das deutsche Baugewerbe. — Verzicht Spaltung der freien Gewerkschaften. — Verbandstag des Metallarbeiterverbandes. — Zwei Sonderorganisationen für Kriegsteilnehmer und Kriegsbekämpfte. — Besuch der Probefabrikanten an den Bundesrat um Aufhebung des Nachbawerbes während der Kriegszeit. — Gründung eines parlamentarischen Fonds der Reichs-Bundlichen Gewerkschaften. — Internationale Gewerkschaftskonferenz in Stockholm.

Korrespondenzen: Anklam. — Bielefeld. — Essen. — Hannover. — Potsdam.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Zur Berichterstattung über die Einführung der neuen Feuererzeugnisse. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerarbeiter. — Wirtschaftliche Lage der Papierfabrikation im Abschlussjahre 1915/16.

Erweiterte Gauvorsteherkonferenz

In der Woche vor Pfingsten, am 21., 22. und 23. Mai, waren in dem immer anziehungsfähiger werdenden Berlin wieder einmal die berufenen Vertreter der Kollegenschaft versammelt. Diese während des Krieges nun siebente Tagung zeigte sogar einen erweiterten Kreis von Teilnehmern; da auch diejenigen Gehilfenkreisvertreter, die nicht zugleich Gauvorsteher sind, eingeladen waren, ebenso die Gehilfenmitglieder des Tarifamtes und die Vorsitzenden der Zehntelkollektivkassen. Mit der Vertretung des Verbandesösterreichs und der „Korr.“-Redaktion ergab sich demgemäß eine Teilnehmerzahl von 46. Welche Veränderungen der lange Krieg in unsern Funktionskreise hervorgerufen hat, zeigte sich an der Entsendung von zwölf Stellvertretern. Die eingezogenen Gauvorsteher Dieka und Prögl sowie das Verbandsvorstandsmitglied Glaser hatten Begrüßungsschreiben zur Konferenz geschickt.

„Besprechung über die gewerbliche Lage und die tariflichen Verhältnisse“, lautete der erste, wichtigste und schwierigste Punkt der Tagesordnung. Daß dazu zwei Tage erforderlich wurden, mag etwas viel erscheinen. Indes, diese Zeit war unbedingt notwendig, um die aufgeworfenen und auf der Konferenz noch auftauchenden Fragen einigermaßen zur Klärung zu bringen. Gab die letztmalige Feuererzeugnissebewegung auch nicht die Veranlassung zur Einberufung dieser Konferenz, die vielmehr von der Verbandsleitung vorzeitiger angelehrt worden war, so schob sie sich doch ohne weiteres in den Mittelpunkt der Beratungen. Bestimmte Begleiterscheinungen bedingten das, nicht ihr Ausfall und Verlauf im allgemeinen.

Leider mußte der Verbandsvorsitzende seine einführenden Darlegungen zum ersten Tagesordnungspunkte wieder mit einer Solenklage beginnen: 5260 Kollegen waren bis Ende März d. J. als gefallen oder an Verwundungen gestorben gemeldet worden. In einem vergleichenden Maßstabe gesprochen, hätten wir schon den ganzen Gau Bayern durch den Krieg eingebüßt, denn mit 5265 Mitgliedern trat dieser Gau in die nun bald dreijährige Weltkatastrophe ein. Mag das riesenhafte Menschheitsunglück selbst feinfühlig Seelen bis zu einem gewissen Grade verärfelt haben, Feststellungen von solchem Komplex gehen doch an die Nieren. Mit dem Schmerz der Organisation um diese schweren Verluste verband der Verhandlungsleiter in berechteter Weise die Teilnahme für die Sinterlebenden. Still erhen die Verbands- und Tarifunktionen darauf die große, nur allzu große Gefahr der aus dem Leben und aus der Organisation Gerissenen.

Was Kollege Döblin tilsdam über die gegenwärtige Situation ausführte, hat wie immer viel des Bemerkenswerten. In unserm Gewerbe hätten sich durch die unendliche Dauer des Krieges die Dinge zunehmend kritischer gestaltet. Wenn nach Abzug der wieder Entlassenen und Beurlaubten sich zu Ende des ersten Vierteljahres 1917 rund 60 Proz. unser Mitglieder beim Militär befanden, so lasse sich denken, wie noch schwieriger inzwischen die Aufrechterhaltung der Betriebe geworden sei. Großen

Firmen wäre nun mitgeteilt worden, daß von einem bestimmten Zeitpunkt an Reklamationen so gut wie gar nicht mehr stattgegeben werde. Die Personale würden also noch weiter reduziert werden.

Döblin wandte sich dann der Feuererzeugnisseangelegenheit zu und rekapitulierte darüber mit interessanten Streiflichtern. In Kollegenkreisen urteilte man recht geringschäßig über das Wenige, was zu Anfang erreicht worden sei. Trotzdem wäre in recht vielen Fällen unterblieben, das vor einem Jahre Gewährte auch zu erhalten. In Goslar habe im Herbst v. J. die Gehilfenvertretung als allgemeine Prinzipalsaufstellung hören müssen, in der Gehilfenschaft sei gar nichts von Unzufriedenheit wahrzunehmen, die Führer brächen erst der Masse den Glauben bei, es müsse Unbefriedigung über die Verhältnisse gezeigt werden. In den Berliner Verammlungen jeht im Mai sei aber gesagt worden, die Kollegen könnten zur Verbandsleitung kein Vertrauen mehr haben, da sie nicht energisch genug die Interessen der Gehilfen wahrnehme und immer Abfindung mit den Verhältnissen fordere. Das sei ein solcher Widerspruch, wie er sich nur aus oberflächlicher Beurteilung ergebe. An der Oberfläche hätten aber auch Vergleiche, wie sie häufig beliebt werden. Wenn in Berlin aus einer Munitionsfabrik ein Teil des Personals vorgeht, was speziell bei den eigentlichen Facharbeitern keine seltene Erscheinung sei, und erziele dann bei dem Hilfsdienstauschub einen guten Erfolg, so würde das verallgemeinert und auch für unsre Verhältnisse als notwendig oder empfehlenswert erachtet. Bei uns sei jedoch ein völlig anderes Vorgehen geboten: Es müsse für das ganze Reich, für alle Betriebsgrößen eine allgemeine Verbesserung erreicht werden. Das verurteilte naturgemäß größere Schwierigkeiten, habe aber auch seinen Vorteil, indem das Ganze vorwärtsgebracht werde. Wenn sich bei uns Spezialarbeiter zu billig abspießen lassen, wie es von Berlin aus großen Firmen behauptet werde, so könnte doch die Organisation dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Zufälligkeit wären vorbereitende Schritte, zu einer weiteren Erhöhung der Feuererzeugnisse zu gelangen, schon zu einem Zeitpunkt unternommen, als in der Gehilfenschaft dazu noch nicht oder nur erst ganz vereinzelt Stellung genommen war. Wenn das erste Zugeständnis der Prinzipalität mit einer gleichen, allgemeinen Erhöhung bei den Gehilfenmitgliedern des Tarifamtes keine Gegenliebe gefunden habe, weil es zu gering bemessen war, und von der Verbandsleitung dann paritätische Verhandlungen gefordert wurden, so wäre damit doch bewiesen, daß alles geschehen sei, zu einem möglichst befriedigenden Resultat zu gelangen. Der Verbandsvorstand habe im weitern sich nicht für besondere Abmachungen hinsichtlich der Tarifdauer in Verbindung mit der Gewährung höherer Feuererzeugnisse erklären können. Das dann jedoch bei den Leipziger Verhandlungen erzielte Ergebnis müsse unfreistric ein bemerkenswerter Fortschritt genannt werden. Daß mit den neuen Richtlinien der herrschenden Feuerung beigekommen werden könne, werde niemand behaupten. Inzweifelhaft wäre aber den Kollegen nur weit besser gewesen. Wenn seitens einer größeren Anzahl von Personal freiwillige Zugeständnisse als nachahmenswerte Beispiele für andre Prinzipale im „Korr.“ Veröffentlichung gefunden hätten, obwohl dieselben gegen das nun allgemein Erzielte zum Teil zurückblieben, so könne man daran einen Maßstab finden für das jetzt Erreichte. In Wirklichkeit zeige die Aufnahme der Leipziger Beschlüsse in der Gehilfenschaft auch von Befriedigung. Die für das ganze Reich erzielte Verbesserung bringe die Kollegenschaft einen guten Schritt weiter, denn es sei eine durchgreifende Regelung erfolgt und die wöchentliche Bemessung und Auszahlung gäbe auch eine gewisse Sicherung für die Zukunft. Daß Berlin eine Ausnahme mache und hier die Nichtbefriedigung so groß sei, könne nicht den Gesamterfolg schmälern. Man habe in Berlin nicht die richtigen Wege eingeschlagen und sich auch in einer Weise festgelegt, die besonderen örtlichen Verhandlungen abträglich sein müßten. Für spezielle Berliner Wünsche hätte sich wohl die Möglichkeit einer Verständigung gegeben, wenn die Sache

anders angefaßt worden wäre. Man habe jedoch nicht einmal Verbindung mit der Verbandsleitung und dem Tarifamt gesucht, sei vielmehr eigenmächtig vorgegangen. Wie es dagegen bei der Berliner Prinzipalität aussehe, zeige der von der bekannten Freien Vereinigung ausgehende Protest gegen die Festsetzung der neuen Feuererzeugnisse. So sei eine unangenehme Situation entstanden, die durch das Hervordringen der Frage der Tarifrevision von seiten der Berliner Kollegen nicht gebessert werde. Wozu der Verbandsvorsitzende noch die Erinnerung auffrische, wie jene Prinzipalsvereinigung in vorgangem Frühjahr sich einen Entwurf zur Tarifrevision zurechtgemacht hatte.

Demgegenüber vertrat der Berliner Gauvorsteher den Standpunkt, die eingeschlagenen Wege ergäben sich aus den besonderen Verhältnissen in der Reichshauptstadt. Die Grobfirmen hätten einen förmlichen Konzern gebildet, um die Löhne niedrig zu halten. Es sei während des Krieges den ständig Beschäftigten außer den Feuererzeugnissen fast nichts an Aufbesserung zuteil geworden. Die kleinen und mittleren Geschäfte bezahlten weit besser. Die Berliner Prinzipalität habe sich noch niemals so zugeknöpft gezeigt wie diesmal; sonst wäre man immer etwas über die allgemeinen Festsetzungen hinausgegangen. Die Arbeitsweise in Berlin mache das jetzt erst recht notwendig. Man sei in Berlin nicht gegen die Leipziger Vereinbarungen und erkenne den im allgemeinen erreichten Fortschritt an. Da aber auch die neuen Richtlinien nur Mindestsätze seien, so könne es keiner Kollegenschaft verwehrt werden, wenn sie öftlich mehr herauszufahren befreit sei. Zu diesem Zwecke würden sie die Hilfe der Behörden in Anspruch nehmen. In den Berliner Verammlungen habe er stets betont, der Boden des Tarifs dürfe nicht verlassen werden, auch die Annahme schärferer Resolutionen wie vorzeitige Schritte habe er verhindert. Die Allgemeinheit müsse jedoch mehr Rücksicht auf die eigenartigen Berliner Verhältnisse nehmen; die Berliner Prinzipalität gehe doch auch weiter als anderswo, indem sie besondere Beschlüsse über den Umfang der einzustellenden Ersatzkräfte fasse. Die Berliner Gehilfenschaft halte aus allen diesen Gründen die baldige Bormahme einer Tarifrevision für unabweisbar. Von der Verbandsleitung, dem Tarifamt und dem „Korr.“ müsse verlangt werden, daß sie als Zentralstellen den Erfordernissen für die Berliner Gehilfen mehr Rechnung fragen.

Die hierauf folgende Diskussion wies so allgemeine Beteiligung auf, wie es in ähnlichen Fällen — mit Berlin fand ja bedauerlicherweise nicht die erste derartige Auseinandersetzung statt — noch niemals dagewesen war. Die Ausprache gestaltete sich recht umfangreich. Auch bei Nichtvorhandensein gewichtiger faktischer Gründe würde sich eine volle öffentliche Wiedergabe nicht ermöglichen lassen. So aber muß der mündlichen Berichterstattung manches vorbehalten bleiben. Es trafen im ganzen zwanzig Redner auf, ein Teil davon wiederholt, die mit mehr oder weniger großer Entscheidung sich gegen die Art und Weise des Berliner Vorgehens diesmal wandten, wobei sie fast sämtlich die Feuererzeugnisseangelegenheit im allgemeinen und tarifliche Fragen in den Kreis ihrer Betrachtungen einbezogen. Sechs Redner, darunter einer von auswärts, verteidigten den Berliner Standpunkt. Es muß anerkannt werden, daß das Für und Wider sachlich und kollegial erwoogen wurde, wenn es auch nicht ohne Denkschwächen abging. Ein einziges Mal kam es zu einem schlechten, persönlichen Tone, mit dem der Berliner Sache fürwahr nicht genügt worden ist, wie aus den lebhaften Protesten unzweifelhaft zu schließen war. Aber die nicht das Wort ergreifenden Konferenzteilnehmer war niemand im Zweifel, wohin ihr Urteil ging. Die Zahl der 31 Wortmeldungen gegen Berlin wäre durch sie nur noch beträchtlich größer geworden.

Im allgemeinen gipfelten die Ausführungen dahin: Mit der diesmaligen Regelung der Feuererzeugnisse könne man zufrieden sein, denn die Leipziger Vereinbarungen kämen einer Tarifrevision gleich durch ihre gegenläufige Festsetzung. Wenn auch mit den neuen Richtlinien gegen

das Maß der Steuerung noch ein erheblicher Abstand verbleibe, so müsse eben bedacht werden, daß ein wirklicher Ausgleich überhaupt nicht erreichbar wäre. Ein Redner meinte ganz offen, niemand in diesem Saale würde wohl vorher geglaubt haben, daß solche Sätze herausgeholt werden würden. Es sei daher nicht zu verwundern, daß die an seinem Orte zur Munitionindustrie übergegangen Kollegen wieder zurückgeholt wären zum Besuche, der geregelten Arbeitsverhältnisse halber. Von einem andern Redner wurde festgestellt, daß durch die jetzige Steuerungsulagenenerhöhung das tarifliche Minimum eine Steigerung von durchschnittlich 27 Proz. erfahren habe. Die Erhöhungen der Steuerungsulagen gehen im einzelnen bis zu 126,6 Proz. gegen die Sätze vom Oktober 1916 herauf. Es wurde einigemal auch die Nichtbefriedigung der Höherenlohnarten erwähnt, die, obwohl es keine Begrenzung der Steuerungsulagen für höhere Löhne mehr gibt, dennoch hier und da zu kurz gekommen seien. Das wurde manchmal auch auf einen Schatztag der Prinzipale zurückgeführt. Im übrigen konnte jedoch nur darauf verwiesen werden, daß die Staffeln lediglich Mindestsätze seien und der Weg, Lohnzulagen zu erreichen, ausdrücklich in den Ausführungsbestimmungen offen gelassen sei. Wenn die Maschinenführer jedoch ihr Minimum zur Grundlage genommen wissen wollten, so wäre das falsch; es könne lediglich vom tariflichen Grundlohn ausgegangen werden. Indem die Höherenlohnarten sich jetzt schon zurückgeholt hätten und gegen die Staffeln Widerstreben herrsche, so würde das nur schlimmer werden, wenn für die Maschinenführer noch eine besondere Staffel geschaffen würde. Es müsse genügen, daß nunmehr auch die Höherenlohnarten und alle Maschinenführer von den Steuerungsulagen erfasst werden sollen. Die Bezahlung der weiblichen Erfahrkräfte, die noch immer ein Stiefkind des Lohnes für viele Prinzipale ist — die nachträglich im Steindruckgewerbe geschaffene gute gemeinsame Regelung scheint von der andern Seite abichtlich übersehen zu werden —, wie noch eine Reihe anderer, zum Teil bedeutsamer tariflicher Punkte künftig noch erwähnt werden unter den Ausführungen, die sich nicht speziell mit Berlin beschäftigen.

Was zur Verteidigung des Berliner Standpunktes angeführt wurde — außer den schon behandelten Massnahmen Darlegungen —, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Entstehungsgeschichte der diesmaligen Steuerungsulagenaktion fand ebenfalls Rekapitulation und die Mitarbeit der Gehilfenmitglieder des Tarifamts dabei hervorzuheben. Wenn auch aus dem Reich die Zustimmung zu den Vereinbarungen sich mehrten, so könnten die Berliner Kollegen mit ihren besonderen Verhältnissen (Calwers hohe Indeziffer, Wegschlappen aller noch aufreißbaren Lebensmittel über die Rationen hinaus durch die zu jeder Preiszahlung fähigen vielen Rüstungsarbeiter) sich der Anerkennung über den im allgemeinen ja erzielten Fortschritt nicht anschließen. Von den größten Firmen wurde mitgeteilt, in welchem beträchtlichen Umfange noch niedrige Löhne gezahlt werden. Es sei eine Verabredung getroffen, nicht mehr Lohn zu gewähren, sondern nur durch die Steuerungsulagenenerhöhung erhalten hätten. Nun müsse wohl unter den Berliner Prinzipalen eine Verständigung herbeigeführt worden sein, nicht über die Richtlinien hinauszugehen. Die Verständigung wäre dadurch sehr erschwert. Da aber die Leipziger Beischlüsse nur Mindestsätze darstellen, so könne und müsse versucht werden, für Berlin mehr herauszuschlagen. Bei den Verhandlungen in Leipzig konnte davon nicht schon die Rede sein, weil dort nur die zentrale Regelung Aufgabe war. Es wurde auch viel und scharfe Kritik geübt über das Zusammenarbeiten im Tarifamt, mit dem Verbandsvorstand und nicht zuletzt über die Haltung des „Korr.“ bei der jüngsten Aktion gegenüber den Berliner Kollegen; wodurch die dortigen Prinzipale erst in ihrem Widerstande bekräftigt worden seien. Die Veröffentlichung bestimmter Artikel in dieser Frage müsse direkt verurteilt werden.

Gegen das Berliner Vorgehen wurde im speziellen eingewendet: Man verarge es den Berliner Kollegen keineswegs, wenn sie mit ihren Prinzipalen nochmals über örtliche Zugeständnisse verhandeln wollten; sie dürften sich jedoch in ihrer Gesamtheit nicht außerhalb des Rahmens des Ganzen stellen. Für die Beteiligung von Mißständen oder eine andre Regelung der Zulagen für Höherenlohnarten zeige sich wohl Verständnis, und es wurde gewünscht, daß darüber zwischen beiden Seiten eine Aussprache stattfinden möge. Aber es könne einem einzelnen Orte nicht gestattet werden, daß er in direktem Anschluß an eine zentrale Regelung der Lohnverhältnisse mit einer besonderen und weitgehenden Aktion hervortrete, da hierdurch ein bedenkliches Beispiel gegeben werde. Zumal im vergangenen Jahre örtliche Prinzipalvereine schon diesen Weg beschritten hätten. Ein klares Bild über die von den Berliner Vertretern zur Sprache gebrachten Mißstände ließ sich absolut nicht gewinnen, was die Sache erschwerte. Wie vom Tarifamt jetzt bei den Prinzipalen und den Gehilfen auf-

genommene Lohnstaffeln — deren prompte Erledigung bei dieser Gelegenheit noch einmal als große Notwendigkeit betont sein mag — wird wohl auch in dieser Beziehung Aufhellung bringen. Die so viel hervorgehobenen besonderen Berliner Verhältnisse vermochten die Konferenz nicht zu überzeugen. Fast alle Redner legten dar, daß auch an ihren Orten Selbstkritik dazu vorhanden sind. Die mittleren und kleinen Druckerien bezahlten anderwärts überwiegend ebenfalls besser; das Erlangen oder Erhalten von Arbeitskräften lie für diese Firmen eben weit schwieriger als für große. Die von den Berlinern immer zu hörende Berufung auf die Calwerischen Lebensmittelstaffeln erfuhren eine ganz frappierende Beleuchtung durch Anführung der Tatsache, daß 64 Orte eine höhere Indeziffer aufweisen als Berlin, und zwar ebenfalls nach Calwer. Wenn in gewisser Beziehung die Verhältnisse in der Reichshauptstadt auch eigenartige seien, so wirkte der Umstand bis zu 23 Mi. wöchentlich schlimmerer Steuerung doch nicht im Sinne der von den Berliner Kollegen aufgestellten Behauptungen. Dabei kämen (nach dem Friedensstande) 15000 Gehilfen in diesen feuerer Orten in Betracht. Die Lohnzuschlagsfrage, wie mehrfach schon betont war, bilde also einen begründeten Anlaß zur Unzufriedenheit und bedürfe der notwendig gewordenen Abänderung. Mit dem Weghampfen der Lebensmittel durch die in der Rüstungsindustrie Beschäftigten lie es in andern Städten ebenso schlimm; man habe schließlich, prozentual gerechnet, anderswo noch mehr Munitionsarbeiter. Die Prinzipale anderwärts seien keineswegs lauter Engel. Was im einzelnen vorgebracht wurde über besondere Umwelungen von Prinzipalvorständen, zeige ebenfalls, daß man nicht nur in Berlin Anlaß zu Beschwerden habe. Wenn z. B. ein Prinzipalsfunktionär, der nachgerade eine Verühmtbeit geworden ist in kleinsten Gegen- oder Sondermaßnahmen, durch ein Zirkular anordnete, die Lehrlinge sollten keine weiteren Steuerungsulagen erhalten und die bis jetzt geleisteten freiwilligen Beiträge zu den gesetzlichen Versicherungsstellen können nun in Formfall kommen, so fordere das gewiß die Kritik heraus. Auch die unzulässige Forderung der ersten Maiwoche, die hier und da vorgekommen ist, fand Verurteilung, denn es sei ausdrücklich vorgeschrieben, daß am ersten Jahrlag im Mai der erste volle wöchentliche Satz der Steuerungsulagen gezahlt werden müsse. Da an einigen Orten vor den Leipziger Verhandlungen örtliche Vereinbarungen zustande gekommen sind, so würde den Berliner Kollegen auch damit gezeigt, wie es anders und besser gemacht werden kann. Es sei aber unklug, vorher durch laute öffentliche Demonstrationen die Prinzipale einer Verständigung über örtliche Wünsche abgeneigt zu machen, wie bei den Kollegen Hoffnungen zu erwecken, die sich schwerlich verwirklichen lassen könnten. Eine ruhige, sachgemäße Aufklärung der Kollegen, wie sie in anderer Großstädten erfolgte, wäre korrekter und nützlicher gewesen. Dabei bekam man auch Einblicke in die letzten Berliner Verhandlungen, die manches erklärlich machten, wenn auch nicht in glänzendem Sinne. Daß die Berliner Vertretung bei den Leipziger Verhandlungen in keiner Weise von besonderen Wünschen etwas zu erkennen gab, fand schwere Mißbilligung. Nicht einmal in der Vorbesprechung der Gehilfenvertreter in Leipzig erfolgte darüber eine Andeutung. Die behauptete niedrige Entlohnung in den Berliner Großdruckerien wurde als kein gutes Zeichen für die Berliner Kollegenchaft aufgefaßt.

Die vorgebrachten Klagen über die Zusammenarbeit mit den Zentralstellen gelangt Beispiele von Oberfachlichkeit, die erkennen machen konnten. Hier kamen besonders in Betracht der Geschäftsführer des Tarifamts und der „Korr.“. Auf die einfache Weise klärten sich die Anklagepunkte auf. Mit Bedauern vernahm die Konferenz, in welcher Weise gegen den Kollegen Schliebs operiert worden ist, und empfand Genugtuung darüber, daß dieser mit den gegen ihn erhobenen Anklagen gründlich aufräumen konnte. Es verstärkte sich dadurch der Eindruck, daß die notwendige Harmonie vor allem deshalb fehle, weil bei den Beschwerdeführern der Berliner Standpunkt zu sehr hervorritt. Hierbei fand auch Anführung, wie sich einzelne Tariffunktionäre bei den jüngsten Berliner Verammlungen engagiert haben, anstatt mit ihrer besseren Kenntnis der Dinge aufklärend zu wirken. Der Redaktionsvertreter konnte sogar feststellen, daß man in der ersten Verammlung schon über den „Korr.“ den Stab gebrochen habe, wo dieser erst am Tage danach bzw. vier Tage später dergleichen hätte bringen können. Was in Wirklichkeit im „Korr.“ gesagt worden sei, wäre genau das in der Konferenz zum Ausdruck gelangte Urteil gewesen. Die Veröffentlichung zweier anderer Artikel rechtsfertige sich durchaus. Für die Redaktion könnte und werde nur in Betracht kommen, was für die Allgemeinheit der Gehilfenchaft von Nutzen wäre; aus dem Rahmen des Ganzen tretende örtliche Aktionen würden niemals im „Korr.“ einen Stichpunkt finden. Als ein erfreuliches Moment verdient die Haltung der Mitglieder des Verbandsvorstandes Erwähnung. Da zeigte sich kein Annelgen zu dem besonderen Berliner Standpunkte.

Die Mißbilligung des Berliner Vorgehens war also offenkundig. Man sagte es auch unumwunden heraus,

daß die Gauvorsteher von örtlichen Verwicklungen, wie sie Berlin schon so oft geübt habe, endlich einmal genug hätten. Es fehlte ferner nicht an geschichtlichen Reminiscenzen für Berlin, die bei solchen Vorkommnissen wieder Bedeutung erhalten. Soweit es die Wahrung der allgemeinen Interessen zuließ, ließ die Konferenz es trotzdem nicht an Entgegenkommen mangeln. Man empfahl daher der Berliner Kollegenchaft als gangbaren Weg, sich unter Ausscheidung anderer Schritte und Stellen mit den Prinzipalen zu verständigen. Die Mißhilfe der Zentralinstanzen solle nicht fehlen, um berechtigten und erfüllbaren Wünschen noch Genüge zu verschaffen. Die Berliner Vertretung ließ darauf erklären, über die Aussprache sowie Stellungnahme der Konferenz im Gauvorstande zu berichten und den Verbandsvorstand dann in Kenntnis zu setzen, wie die Situation nun aufgefaßt werde.

Im der kurzen weiteren Aussprache über die Steuerungsulagenangelegenheit wurde, ebenso wie in der vorausgegangenen großen Debatte schon mehrfach berührt, auch die Frage einer eventuellen weiteren Verlängerung der Tarifdauer erörtert. Dabei kamen verschiedene Mänten zur Anführung, die sich zum Schaden der Gehilfenchaft durch die Verlängerung des Tarifs ergeben haben. Eine endgültige Entscheidung über diesen Punkt wurde jedoch abhängig gemacht von dem Resultat deswegen zu pflegenden Verhandlungen des Verbandsvorstandes mit der Prinzipalenseite. Die Möglichkeit einer Unterstellung der tariflichen Arbeitsnachweise unter das Mißdienstengesetz fand bei den tariflichen Angelegenheiten noch Erwähnung. Wie diese in drei Gauen bereits getroffene Änderung jedoch erkennen läßt, ist für diese unsere tariflichen Einrichtungen dabei nichts zu befürchten.

Am dritten Tage wurde zunächst der zweite Punkt: „Stellungnahme zur Abhaltung der nächsten Generalversammlung“, schnell erledigt. Berlin zog nach der zweitägigen Aussprache seinen Antrag auf beschleunigte Abhaltung der fälligen Generalversammlung zurück. Es bleibt somit bei der Absicht, bald nach Kriegsschluss das Verbandsparlament einzuberufen.

Punkt 3: „Beschwerden“. Eine große und bunte Fülle aller möglichen Fragen; immer neue, durch den Krieg hervorgerufene Schwierigkeiten. Unter merklicher Spannung ging es die Arbeit. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die weiblichen Erfahrkräfte nun in größerem Maße ihre Ausbildungszeit beendigen. Man sei zu der Entdeckung gekommen, daß von Prinzipalen unzulässige Bestimmungen in die Lehrverträge aufgenommen seien. Daß die weiblichen Personen in Fällen, wo sie in den ihnen zustehenden Rechten geschmätert werden sollten, sich schon ratlosend an die Gehilfenfunktionäre gewandt haben, könne nur begrüßt werden. Diese tarifliche Auskunftserteilung wäre ein gutes Mittel, Abgriffen von Prinzipalen hinsichtlich der Bezahlung zu wehren. Die Zusammenarbeit mit den Erfahrkäften habe sich auch von Gehilfenseite in korrekter, vor Kleinlichkeiten freier Weise zu vollziehen. Die Angelegenheit der Kriegsbeschädigten hatte diesmal gleich mehrere Abteilungen aufzuweisen. Die ungenaue Ausfüllung der Formulare für die vom Seer entlassenen Mitglieder ist ein je länger desto mehr sich vergrößernder Schmerz für den Verbandsvorstand. Es müßte wohl am besten in einem besonderen Vorstandszirkular alle die Momente zusammengestellt werden, die man auf der Konferenz so anschaulich vorgebracht hätte. Dann würde erklärt, daß der Grundsatz, wer als Buchdrucker zu uns gehört, solle auch als Kriegsbeschädigter in den Beruf zurück, wenn es der körperliche Zustand nur einigermaßen gestatte, nicht die Folge habe können, daß unter allen Umständen ein wirklich geeigneter Berufsfremder unserer Gewerbe ferngehalten werden müsse. In einem Berliner Falle, wo ein ungewöhnlich begabter, schon vier Jahre in einer Großdruckerie beschäftigt gewesener Hilfsarbeiter, dessen Kriegsbeschädigung seine frühere Tätigkeit ausschließt, von den Nachrichtenleuten abgelehnt wurde, obwohl er in einer Seemannsschule bereits angeerbt war, ließ sich demonstrieren, daß ein solcher Standpunkt eine Überparnung ist. Den Buchdruckern, die doch auch anderwärts Kriegsbeschädigte unterbringen müßten, würde damit nicht gedient. Die Konferenz vermochte also dieses Verhalten nicht zu billigen. Eine andre Seite der Kriegsbeschädigtenfürsorge kam infolgedessen sehr ergiebig zur Sprache, als bekannt wurde, daß für die zur vollen Verbandsmitgliedschaft infolge der erlittenen Verletzungen nicht mehr zusammenfassenden Kollegen ein Ausweg geschaffen werden müsse, indem man von ihnen nur einen Beitrag für rein gewerkschaftliche Zwecke erhebt, damit diese bedeutungswerten Berufsgenossen nach vielleicht langer Verbandszugehörigkeit nicht organisatorisch vollständig in der Luft hängen; sie trügen doch obendrein keinerlei Schuld, daß sie nicht mehr vollwertige Arbeitskräfte seien. Man einigte sich dahin, bis zur nächsten Konferenz eine Übersicht aufzustellen, wieviel Mitglieder hier in Betracht kommen könnten. Dann solle das Weitere in die Wege geleitet werden. Inzwischen werde diese Angelegenheit lokal gehandhabt werden.

Zwei Punkte von prinzipieller Bedeutung folgten. Zunächst Aussprache über eventuelle Unterfertigung bei Verweigerung des Abhehrschleins. Es hat sich in der Zwischenzeit

Im Gau Schlesien der Seher Reinhold Schindler, geb. in Oßtrig 1887, ausgef. def. 1905, war schon Mitglied. — Karl Friedler in Breslau, Kupfermeisterstraße 7.

Berjammlungskalender.

Raumburg a. S. Berjammlung heute Sonnabend, den 2. Juni, abends 8 Uhr, in der „Polk“.
Stuttgart. Berjammlung Montag, den 4. Juni, abends 6 1/2 Uhr, im Grünen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Eßlinger Straße 17.
— Maschinenmeisterberjammlung Montag, den 11. Juni.

Gesforben.

In Berlin am 25. April der Seher Julius Reichelt aus Bernau, 56 Jahre alt — Lungenentzündung; am 30. April der

Seher Paul Stehr aus Berlin, 51 Jahre alt — Gehirnähmung; am 2. Mai der Seher Alfred Schum in aus Breslau, 25 Jahre alt — Lungenentzündung; am 3. Mai der Galaniseur Georg Wallersdorff aus Hannover, 49 Jahre alt — Schwindel; am 10. Mai der Seher Gustav Liebig aus Herwigsdorf, 39 Jahre alt — Lungenleiden; am demselben Tage der Seher Paul Babin aus Berlin, 49 Jahre alt — durch Ertrinken; am 12. Mai der Seherinvalide August Rigen aus Schiebahn (M. Gladbach), 70 Jahre alt — Lungenleiden; am 18. Mai der Seher Gustav Hering aus Grünhof bei Steinf. 58 Jahre alt — Zuckerbrand; am 19. Mai der Drucker Hermann Richter aus Neussadt, 43 Jahre alt — Lungenleiden.
In Bitterfeld der Buchdruckereibeser Philipp Saffer, 49 Jahre alt.
In Döbeln am 15. Mai der Buchdruckereibeser Richard Holte, 57 Jahre alt.
In Dorfmund am 12. Mai der Seherinvalide Karl Schröder aus Friedland, 54 Jahre alt.

In Eberfeld am 6. Mai der Seher Hermann Piepenbrink, 60 Jahre alt — Gehirnähmung.
In Schwwege der Buchdruckereibeser Haubold.
In Oiegen a. Br. am 7. Mai der Buchdruckereibeser Otto Meisenburg, 73 Jahre alt.
In Glauchau der Buchdruckereibeser H. R. Schönlebe.
In Hamburg am 14. Mai der Seherinvalide C. W. Müller, 74 Jahre alt.
In Hanau a. M. am 18. Mai der Seherinvalide Peter Euler aus Neuengronau, 65 Jahre alt.
In Kempten am 30. April der Seher Johann Schmidt aus Sanden, 22 1/2 Jahre alt.
In Kiel am 9. Mai der Seherinvalide Solger Lußen, 64 Jahre alt.
In Leipzig am 8. Mai der Seherinvalide Julius Link von dort, einer der 50jährigen Verbandsjubilare vom 20. Mai 1916, 72 Jahre alt — Gehirnschlag; am 9. Mai der Seherinvalide Georg Kunze aus Merseburg, 78 Jahre alt — Hirterienverhärtung.

Glück

höchster Gewinn im günstigsten Falle

800000

500000 150000
300000 100000
200000 60000 u.
zusammen kommen zur Auszahlung 20. Millionen 801000 Mark

Jedes 2. Los gewinnt. Amtlicher Plan, kostenlos.
Ziehung 1. Klasse
13. u. 14. Juni 1917
Versand nach auswärts, auch ins Feld, durch die Königl. Sächs. Staatslotterie-Einnahme
Max & Johann Schneider
Leipzig
Fernspr. 51374
Bankkto: Allg. Deutsche Creditanstalt, Postcheckkonto 51419

Erster Akzidenzseher

der die Leitung unrer Seherei mit übernehmen soll, für bad gesucht. Angebote mit Zeugnissabschriften und Angabe der Militärverhältnisse, der Lohnansprüche und des frühesten Eintritts an [24] Buchdruckerei Gustav Pritz & So., Leipzig, Blumengasse 10/12.

Schrieffeher, Typographseher und Maschinenseher
auch Kriegsbeschädigter, in dauernde Stellung sucht August Pries, Leipzig, Brüderstraße 59. [453]

Maschinenseher und Werkseher
finden bei uns dauernde Stellung. Wir erteilen Angebote mit Lohnforderungen. [996] Bierische Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Tüchtige Maschinenseher
zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit, Lohnansprüche an [994] Max & Johann Schneider, Leipzig, Brüderstraße 59.

Tüchtiger Stereotypseher
in Rund- und Flachstereotypie geübt, gesucht. [27] „Rindener Lokalanzeiger“, Rinden (Hannover).

Tüchtiger Seher
militärfrei (eventuell Kriegsbeschädigter), in allen Seherarten bemandert, in dauernde Stellung gesucht. [25] G. Gattewitz, München, Theatinerstr. 18.

Tüchtige Schrieffeher
für dauernde Stellung gesucht bei [23] Bleibheit & Thiesen, Berlin C 19, Niederwallstr. 15.

Schrieffeher
militärfrei, sofort oder später gesucht. Angebote mit Lohnforderung und Altersangabe erbeten. [20] Korn & Sachow, Grezesmühlen (Medib.).

Schrieffeher
in dauernde Stellung gesucht. [28] G. H. Bantau, Buchdruckerei, Bochum.

Tüchtige Akzidenz- und Inseratenseher
sucht [752] „Der Holzmarkt“, Berlin SW 68.

Linotypseher Anzeigenseher
militärfrei, gesucht. [869] „Nordbayrische Zeitung“, Nürnberg.

Typographseher
zum sofortigen Eintritt gesucht. [22] Ernst René Dreher, Buchdruckerei, Frankenthal (Pfalz).

Zeitungskorrektor
militärfrei, gesucht. Bewerbung mit Angabe der Schulbildung, Alter und Gehaltsansprüche an [18] „Nordbayrische Zeitung“, Nürnberg.

Maschinenseher Akzidenzseher Werkseher
Typograph- und Linotypseher Stereotypseher
jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. [792] Oscar Brandstetter, Leipzig.

Maschinenseher Monotypseher Werkseher Metzeure Akzidenzseher Aufräumer
jedoch nur tüchtige Kräfte, auch Kriegsbeschädigte, finden dauernde Stellung. [831] Oskar Reiner, Leipzig 19, Königstraße 26 B.

Maschinenseher
sucht [878] G. Seiffenland, G. m. b. H., Eßlin.

Maschinenseher
sucht [19] Buchdruckerei Strauß, H. G., Berlin SW 68, Neuenburger Straße 8.

Maschinenseher
und ein [26] Stereotypseher
sofort oder später gesucht. Angebote mit Lohnanspruch an [968] R. Reumeyer, Posen.

Maschinenseher
welcher Hervorragendes leistet, für Original-Metzeure, ferner für Bildner- und Vektorialleger ein in besseren Arbeiten erfahrener [26] Tiegeldrucker
zu möglichst baldigem Eintritt in dauernde Stellung gesucht. [995] Ernst Marks, Mühlheim (Ruhr).

Bunt- und Bilderdrucker
erfahrene erste Kraft, gesucht. Angebote mit Zeugnissabschriften und Lohnforderung erbeten. [995] Drucker-Ges. Hartung & So., Hamburg 25.

Tüchtiger Tiegeldrucker
findet bei uns sofort Anstellung. [995] Bierische Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Schweizerdegen
möglichst sofort oder bald gesucht. [991] „Mühlheimer Zeitung“, Mühlheim (Ruhr).

Junger, firebamer Seher
Kriegsbeschädigter, sucht Gelehenbe' zur gründlichen Erlernung der Linotyp-Gehehmaschine. Werte Angebote erbeten unter Angabe der Bedingungen [999] Karl Diebel, Bena (Ehr.), Jenergasse 5.

Rotafilla bei technischen Schwierigkeiten finden Sie in dem Druckhandbuch **Wie soll ich zurichten?** Ein Leitfaaden für Buchdrucker
zum Aufbau der Zurichtung in allen Druckarten. 112 Seit. Text mit 21 Abb. u. 20 Tafeln. Preis geb. M. 1.70 portofr. v. Verf. H. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstr. 20.

Teilzahlung

Uhren und Schmucksachen, Photokarte, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Vaterländ. Schmuck, Spielwaren und Bücher.
Kataloge umsonst u. portofreiliefere
Jonass & Co., Berlin A. 407, Belle-Alliance-Str. 7-10.

Ziehung 1. Klasse 13. und 14. Juni.
Kgl. Sächs. Landes-Lotterie
Größte Gewinnmöglichkeit, da jedes 2. Los ein Preffer.
55 000 Gewinne und 1 Prämie über 20 Mill. Mark.
Haupttreffer: **500000 Mk.**
300000 Mk.
200000 Mk.
und namentlich viele Mittelgewinne.
1/10 Lose Mk. 5.—, 1/2 Lose Mk. 10.—
versendet, auf Wunsch auch unter Nachn., der Kgl. Lotterie-Kollekteur
Hermann Straube, Leipzig, Lortzingstrasse 8.
Zusendung der Gewinnlisten und Gewinne sof. Spielplan auf Verlang.

Zeitenmaß mit sämtlichen Einteilungen 20 Pf. [8] E. Freit, Mainz, Mainstraße 30.

Berein der in Schrieffeherarten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgebung
Am 21. Mai verstarb nach mehrjähriger Krankheit unser werter Mitglied, der Schrieffeherinvalide [21] **Franz Falkenberg** aus Schöneberg a. Berlin, im 52. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Wiederum haben wir durch den Weltkrieg den Verlust eines braven Kollegen, des Maschinensehers [14] **August Rischbieter** aus Dsnabrück, zu betrauern.
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
Die Maschinensehervereinerung im Gau Hannover.

Wir erlangten die traurige Gewissheit, daß auch unser lieber Kollege [15] **Hans Schau** der schwerverwundet in französische Gefangenschaft fiel, am 7. August d. J. für das Vaterland gestorben ist.
Ehrend gedankt auch dieses Braven **Berein „Gutenberg“, Stensburg.**

Im Lazarett zu Stendal verstarb an einer sich im Felde zugezogenen Krankheit unser werter Mitglied, der Seher [17] **Hermann Schmidt** Kriegerwilliger in einer Eisenbahnbau-Kompagnie
Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Bezirksverein Raumburg a. S.

Den Heldentod für sein Vaterland starb in einem Lazarett in Glas unser junger Kollege [16] **Friedrich Gaifer** Kanonier
an den Folgen einer schweren Krankheit, die er sich im Felde zugezogen.
Auch diesem Kollegen werden ein freies Andenken bewahren
Bezirksverein Laßr.
Ortsverein Offenburg.

Bei einem Sturmangriff am 10. Mai fiel unser lieber Kollege [13] **Alfred Lan**
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm.
Ortsverein Laßr.
Bezirksverein Laßr.

Nach langem Leiden verstarb beim Militär im Lazarett zu Leipzig-Coblenz in der Nacht vom 23. zum 24. Mai unser lieber Kollege, der Drucker [12] **Paul Schulze**
Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
Die Druckerkollegen der Firma Spamer, Leipzig.

Schon wieder haben wir durch das Völkerringen den Verlust eines lieben Kollegen, des Sehers [11] **Gustav Hennecke** aus Osterwiech, zu betrauern.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Burg b. M.

Seiner schweren Verwundung erlag am 4. Mai in einem Lazarett unser lieber Kollege, der Schrieffeher [8] **Paul Zibull**
Dem so früh Dahingefahrenen werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.
Ortsverein Eibing.

Am 19. Mai erlitt den Heldentod unser liebes Mitglied, der Linotypseher [7] **Ernst Pinke**
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Leipziger Maschinensehervereinerung.

Wiederum haben wir den Verlust eines lieben Kollegen zu beklagen. In den letzten schweren Kämpfen fiel der Seher [19] **Arthur Urban** aus Piffa i. P.
Ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Posen.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 62 — Leipzig, den 2. Juni 1917

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweiligen nächsten Nummer.

◻◻◻◻ Gewerkschaftsrevue ◻◻◻◻

Die in der Rüstungsindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten zu allermeist Löhne, mit denen auch in der heutigen Zeit der ungeheuren Lebensmittelerhöhung ein gewisses Auskommen möglich ist. Wesentlich anders steht es jedoch bei den in solchen Berufen Tätigen, wo nicht für den Kriegsbedarf gearbeitet wird. Die von den Arbeiterorganisationen unternommenen Schritte auf Erzielung von Steuererleichterungen oder Erhöhung bestehender tariflicher Lohnsätze haben zum Teil guten Erfolg gehabt. Leider ist jedoch zumeist ein wirklicher Ausgleich zwischen Lebensbedarf und Einkommen nicht zu erzielen gewesen. Mit der Steigerung der Steuern haben sich die Gewerkschaften aufs neue genötigt, an die in Betracht kommenden Unternehmer heranzutreten, um die bisher bewilligten Steuererleichterungen erweitern zu lassen. So erreichten die Schneider eine tariflich festgelegte Lohnhöhung von 35 Proz. für die Gebiete der Herrenkonfektion und 25 Proz. für die Maßschneiderei. Im Baugewerbe wurden Zulagen bewilligt, die vor dem Reichsanwalt des Innern ihren Abschluss fanden. Die Zulagen sollen vom 27. April an für die weitere Dauer des Tarifvertrags 15 Pf. für die Stunde betragen. Von besonderer Bedeutung war bei dieser Einigung das Zugeständnis der Regierung an die Bauunternehmer, denselben den Mehraufwand dieser Zulage von den auftraggebenden Verwaltungen und Behörden zurückzuerstatten. Eine Konferenz aller Sabakarbeiterverbände, die am 19. April in Frankfurt a. M. stattfand, beschloß sich ebenfalls mit der wichtigen Frage und forderte eine Erhöhung der bisher gewährten Zulagen auf 35 Proz. In gleichen Bewegungen befinden sich die Textilarbeiter, die Buchbinder und die Dachdecker.

Bei Besprechung dieser wichtigsten wirtschaftlichen Angelegenheit sei nochmals die schon unter „Rundschau“ erwähnte Anregung der „Dachdeckerzeitung“ in Erinnerung gebracht, die dahin ging, die in der Kriegszeit für die einzelnen Berufe erzielten Lohnzulagen durch Gesetz für die Friedenszeit sicherzustellen. Was die „Dachdeckerzeitung“ zu dem Vorschlag veranlaßt, war wohl mehr der Wunsch, daß jedem Arbeiter ein auskömmliches Existenzminimum gesichert sicherzustellen sei. Ähnliche Gedanken sind natürlich schon des öfters in früherer Zeit geäußert worden, und wenn wir vor einiger Zeit darauf hinwiesen, daß Dr. Hugo Sinzheimer (Frankfurt a. M.), der beste deutsche Kenner des Tarifwesens und seiner rechtlichen Grundlagen, in seinem neuesten Werk „Ein Arbeitsarbeitsgesetz“ rechtliche Grundlagen schaffen möchte für Lohnvereinbarungen, so ist es in Grunde die gleiche Idee, nur daß Einzelheim die Rechtsbedingungen gewissermaßen klarer darstellt. Sinzheimer sagt auch ganz richtig in seiner Antwort an die „Dachdeckerzeitung“: „Ich denke mir, daß die Festsetzung dieses Minimallohnes nicht schematisch oder bürokratisch erfolgen dürfte, sondern unter Beachtung der verschiedenen Lebensverhältnisse, nach bestimmten Entwürfen durch parlamentarische Kommissionen zu erfolgen hätte.“ Die Ansichten über diese Frage sind ungleich verschieden, und wenn auch die „Dachdeckerzeitung“ anführen kann, daß die Demobilisationskommission in England bereits beschloß, daß die Kriegslöhne auch im Frieden weitergezahlt werden müssen, so läßt sich das gar nicht genau feststellen, welche Unternehmer damit gemeint sind oder ob gar nur staatliche Betriebe in Frage kämen. Das deutsche Unternehmertum wird sich schwerlich zu einem solchen Zugeständnis bequemen. Die Textilfabrikanten Bayerns haben erst kürzlich einen Antrag des Textilarbeiterverbandes auf Einführung von Mindestlöhnen energig abgelehnt. Auch sonst in Deutschland dürfte die leiseste Hoffnung auf solche sozialen gesetzlichen Einrichtungen einwilligen überflüssig sein, denn das Kapital hat noch immer in allen deutschen Parlamenten die überwiegende Vertretung. Aber auch wir sind nicht durchweg der Ansicht, daß die Festlegung auf einen bestimmten, nur den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden schematischen Mindestlohn von Nutzen für die Arbeiterchaft wäre, weil eine solche Einrichtung geeignet ist, eine Inflationierung der Löhne herbeizuführen, die Bezahlung der Qualitätsarbeit hintanzuhalten und persönliche wirtschaftliche Verhältnisse zu bevorzugen. Das würde aber in vielen Fällen, wo aus sozialen Rücksichten die Familienverhältnisse bei der Bewilligung von Steuererleichterungen in Betracht gezogen sind, die Übertragung der Kriegslöhne in die Friedenszeit mit sich bringen.

Von großer Wichtigkeit hinsichtlich der kommenden Friedenswirtschaft erscheint uns eine Eingabe betreffend Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge nach Friedensschluß, die von der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch ihren Vorsitzenden, Dr. Freund, an den Bundesrat, die Bundesregierungen, den Reichstag, den Reichskanzler, die Kriegsministerien, das Reichsministerium und den Reichskommissar für die Übergangswirtschaft gerichtet ist. Diese Eingabe ist von hoher sozialer Bedeutung, und es ist ihr die volle Berücksichtigung seitens der maßgebenden staatlichen Instanzen zu wünschen. Der

Inhalt weist eingangs auf die Notwendigkeit hin, möglichst frühzeitig die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die nach Friedensschluß eintretende Überführung der Kriegsteilnehmer in das Wirtschaftsleben recht leicht und schnell zu erledigen. Weiter wird geschildert, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bzw. der Arbeitsmarkt gestalten dürften und schließlich werden eine Reihe Forderungen gestellt, und Vorschläge unterbreitet, die darauf hinzelen, dem Staat und der arbeitenden Bevölkerung die Übergangswirtschaft zu erleichtern. Man kann diese Wünsche und vorgeschlagenen Maßnahmen durchweg gutheißen, um so mehr, als nach reicher Diskussion gerade dieses Themas in der Gewerkschaftspresse fast einhellig der Wunsch zum Ausdruck kam, nach Friedensschluß sämtliche Kriegsteilnehmer so rasch als möglich ihrer Arbeit zuzuführen zu können.

Am dieses Werk zu fördern und auch für das Werben der Organisationen glücklich zu gestalten, dürfte die Zusammenarbeit der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen nur von Vorteil sein. Längst haben die beteiligten Gewerkschaften erkannt, daß „selbst eine gesunde Konkurrenz, soweit sie loyal gehandhabt wird, nicht von schädlichem Einflusse sein kann“. Auch die zu Osnabrück am 2. April abgehaltene Ausschußung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften befaßte sich mit dieser Angelegenheit. Es kam zum Ausdruck, daß, wie das schon zitierte „Zentralblatt“ berichtet, heute als feststehend angenommen werde, daß für diese Zusammenarbeit ein bestimmter, in den praktischen Bedürfnissen der tatsächlichen sozialen, wirtschaftlichen und gewerblichen Entwicklung begründeter Rahmen gegeben sei. An irgendwelche Beschränkung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sei natürlich nicht zu denken, denn an dem, was die einzelnen Richtungen grundsätzlich trenne, solle in keiner Weise gerüttelt werden. Für die zukünftige Ausgestaltung der praktischen Zusammenarbeit werde darauf hingewirkt, daß schon in den vorbereitenden Stadien die Auffassung der einzelnen Richtungen zur Geltung gelangen könne. Eine Majorisierung habe zunächst als völlig ausgeschlossen zu gelten; vielmehr solle auch den berechtigten Wünschen der Arbeiter nach Möglichkeit Berücksichtigung widerfahren. Aus diesen Sätzen leuchtet die Erkenntnis vom Vorteile der einheitlichen Front, und daß auch die christlichen Gewerkschaften diesen Nutzen erkannt haben, ist um so erfreulicher, als gerade die parlamentarischen Vertreter der beiden Hauptrichtungen früher oft in Arbeiterfragen selbst in bemerkenswerten Gegensätzen standen. Wie richtig das Verhalten der vereinigten Gewerkschaften ist und wie dieser losen Zusammenschluß auf interessierte Kreise erschreckend wirkt, zeigt nicht nur die „Deutsche Arbeitsgebetzung“, die dieser Neuorientierung mit unverhülltem Satz entgegentritt. Auch die konservative Presse wird mit aller Art von Auflagen gepöbelt, die das Unbehagen vertragen, das der „demokratische Strom“ auf dieser Seite ausstößt. Das stärkste Stück leitete sich in der „Deutschen Tageszeitung“ ein gewisser Rechtsanwalts-Böfger (Zufrieden), der unter der Spitzmarke „Der Millionenblock“ eine Artikelserie brachte. Das Agrarblätter, das ja nur in ganz bestimmten Kreisen gelesen wird, deshalb jedoch unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheint, hält es für gerechtfertigt, mit konfessionellen Vorbereiten diesen Millionenblock abzukommen. Der Antikommunismus schaut da heraus, wenn das Zusammenarbeiten katholischer und evangelischer Angestellter und Arbeiter mit nichtgläubigen oder jüdischen Freigewerkschaften verdammt wird.

So arbeitet die dem Kapital dienstbare Presse. Das Unternehmertum selbst begnügt sich jedoch nicht mit schriftlicher Gegenagitaton, sondern es schreibt zur Tat, zur gewaltigen Gegenrüstung. Auch im Baugewerbe ist sehr ein wirtschaftlicher Zusammenfluß perfekt geworden, der unter dem Namen „Wirtschaftsbund für das deutsche Baugewerbe“ ins Leben gerufen ward. Eine große Zahl von Bezirkswirtschaftsverbänden aus allen Teilen des Reiches haben sich dem Bund angeschlossen. Die Bezirkswirtschaftsverbände bestehen wiederum aus den einzelnen Bezirksarbeitsgeberverbänden für das Baugewerbe. Der Vorsitzende des letzteren wird in jedem Fall auch der Führer des Wirtschaftsverbandes sein. Ebenfalls sühnungsgemäß wie hier soll auch der Vorsitzende des Gesamtarbeitgeberverbandes den Vorsitz im Wirtschaftsverbund innehaben. Einzelunternehmer können nur dem Wirtschaftsverband angehören, wenn sie gleichzeitig Mitglied des Arbeitgeberverbandes sind. Gleiche Bedingungen gelten für alle Fälle auch bei örtlichen Gründungen von Wirtschaftsverbänden. Diese gewaltige Koalition entstand aus dem Arbeitsgeberbunde für das Baugewerbe und dem Innungsverbande deutscher Bauwerksmeister. Sie soll alle beruflichen Aufgaben lösen, insbesondere Einkaufsgesellschaften gründen, Preiskartellierung mit Lieferantenvereinigungen gemeinsam bilden, um so dem Druck der Bauauftraggeber wirksam zu begegnen. Das eine so gewaltige Verbindung nicht auch wirksamen Schutz gegen die „maßlosen Forderungen“ der Arbeiter beabsichtigt, glaubt nur der, der ganzlich naiv auf der Welt herumläuft. Wohl ist nichts gesalst von einem Trunde gegen die Bauarbeiterorganisationen, doch dürfte die Befürchtung ruhig ausgesprochen werden, daß die Arbeiter des Baugewerbes Nischenkämpfe zu bestehen haben, wollen sie

gegen eine solche Koalition etwas erreichen. Deshalb werden die Bauarbeiter gut tun, beizeiten für eine Stärkung ihrer Gewerkschaften besorgt zu sein.

Wenn die Unternehmer sich zu größerer Geschlossenheit zusammenfinden und alle Konkurrenzbedenken beiseite stellen, so sollte man glauben, daß die Arbeiter die Verbindung und Einigung zur Vertretung gemeinsamer Interessen noch besser verstehen, um so mehr, als bei ihnen eine ganz gleichmäßige wirtschaftliche Grundlage gegeben ist. Leider ist die Zerrissenheit im Lager der Arbeitnehmer sehr groß, und gerade die Elemente, die das radikalste Rezept zur Bekämpfung des Kapitalismus gefunden zu haben glauben, sind heute am Werke, die festeste Gruppe der organisierten Arbeiterchaft, die freien Gewerkschaften, in ohnmachtige Epistler zu teilen.

Nachdem die große politische Partei der Arbeiter, die Sozialdemokratie, von einem Trupp rechtshaberischer Politiker in zwei Lager gespalten wurde, soll diese Teilung auch bei den freien Gewerkschaften versucht werden. Die neue Partei der „Unabhängigen Sozialdemokratie“ wurde bekanntlich zu Osnabrück in Goslar gegründet. Auf dieser Tagung wurde schon von den Vorsitzenden der neuen Partei, dem Abgeordneten Saale, die Spaltung der freien Gewerkschaften vielfach angegriffen. Er sprach von einer Regierungsgelofschaft der Gewerkschaften und versuchte zu beweisen, daß namentlich durch die Annahme des Hilfsdienstgesetzes von den Gewerkschaftsvertretern unter den sozialdemokratischen Abgeordneten den Arbeiterorganisationen ein schlechter Dienst erwiesen wurde. Da auch sonst in den Gewerkschaften jede Demokratie zu vermissen sei und eine engbrüstige, nach kleinen Vorteilen haschende und mit Pfennigen rechnende Bürokratie herrsche, so müsse man versuchen, auch die Leitung in den Gewerkschaften zu erlangen. Der vom „Korr.“ in Nr. 14 zur Geringe gekennzeichnete Karl Kürbs glänzte auf dieser Gründungsverammlung mit einem Antrage zur Schaffung einer Stelle, die sich ausschließlich mit der „Aufklärungsarbeit“ in den Gewerkschaften zu befassen habe. Der Abgeordnete Ledebour sprach von den Regierungsjournalisten, als welche die Gewerkschaftsführer zu betrachten seien und die den Kampf gegen die Unternehmer durch Anbequennung an die bürgerliche Gesellschaft zu erleben suchen. Man könnte diese unüberlegten Fantastiker damit abzukommen suchen, daß man ihnen persönliche Motive als Grund ihrer unverantwortlichen Handlungsweise zuschiebt und dürfte mit gutem Willen das Pöbelergötze vom proletarischen Emanzipationskampf usw. als das kennzeichnen, was es wirklich ist, nämlich das Bedürfnis einzelner Mäntchen und Weibchen nach halbtönen Artikellieren, das seine Ursache in nervöser Nörgelsucht und krankhafter Voranstellung der eignen, oft so einseitigen Persönlichkeit hat. Leider finden aber diese Propheten einer neuen Zeit durch ihre Inermittlichkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, in dem immer vorhandenen Haufen Inzuchtendern in der Arbeiterchaft eine Anzahl Anhänger, deren durch die Kriegsverhältnisse, insbesondere durch die traurige Lebensmittelfürsorge, verdirrte Seele von den Unabhängigen aufgepeitscht wird. Diese irreführenden Arbeiter glauben den Parteiführern, daß die Gewerkschaftsführer gar nichts für die Arbeiter tun, sondern im Gegenteil für knebelungsgehe und gegen jeden Kampf um diehebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter eintreten. Dadurch waren denn auch nur die Streiks der Munitionswesen und anderer Arbeiter möglich. Sinterver haben dann die müßigen Volkstribunen im Reichstage jede Verantwortung für die Streiks abgelehnt. Man müßte glauben, daß die Arbeiter daran erkennen würden, mit welcher Fürsorge auf dieser Seite für sie eingetreten wird. Bedauerlicherweise finden sich immer wieder Leute, die die Schneiselei der Masse für das wahre Mitgefühl am proletarischen Elend halten.

Wie weit diese Kälteteil geht, können die Zeitgenossen an den Vorgängen in den einzelnen Organisationen beobachten. Da spielt sich in verschiedenen Verbänden der Kampf ab um die Behandlung politischer Fragen, und besonders heiß geht es her im Metallarbeiterverbande, der am 27. Juni d. S. in Köln seinen Verbandsstag abhält. In der „Metallarbeiterzeitung“ werden bei der Erörterung der Anträge zum Verbandsstag eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die davor warnen, parteipolitische Fragen auf der Generalversammlung zu erörtern. Die meisten Verfasser sind sich klar darüber, daß das Übertragen der Parteifreitigkeiten in den Kreis der Gewerkschaft von unendlichem Schaden sein müßte. Doch die Quertreiber sind in der Demagogie Meister und fallen die Sache bei dem Ende, das ihnen am geeignetsten erscheint. Die Stellung des Verbandsvorstandes, insbesondere des Vorsitzenden Schlichte, der „Regierungsvertreter“ genannt wird, zum Hilfsdienstgesetze wird zum Anlasse genommen, um zu zeigen, wie hindernd die Fortschaffung bei der Erreichung wirtschaftlicher Vorteile der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ist. Dann aber hat es vielen die Bekanntmachung des Vorstandes angefallen, in der vor Ausständen und wilden Streiks gewarnt und unter Berufung auf das Verbandsstatut eine gewisse Disziplin verlangt wurde. Die Wahlen der Delegierten sind denn auch in

